

Sachstandsbericht zu Lieferengpässen und Preissteigerungen wichtiger Baumaterialien als Folge des Ukraine-Krieges

Gremium:	Bausenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	7	Zuständigkeit:	Referat 5
Sitzungsdatum:	02.12.2022	Stadt Landshut, den	11.11.2022
Sitzungsnummer:	43	Ersteller:	Forster, Brigitte

Vormerkung:

Zum Thema der Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Beschaffung von wichtigen Baumaterialien wurde im Mai dieses Jahres für vier Baumaßnahmen über die Entwicklung der Bauvergaben der Stadt Landshut berichtet.

Überprüft wurden die Verfahren zwischen 24.02.2022 (Beginn des Krieges in der Ukraine) und 03.05.2022.

Bei den 24 Submissionen, die in diesem Zeitraum für die Maßnahmen

- Hauptfeuerwache Hofberg
- Erweiterungsbau Magdalenenheim
- Neubau Realschule
- Wohnbebauung Breslauer Straße

getätigt wurden, sind laut der Einschätzung der Projektverantwortlichen bei fünf Gewerken z.T. die Kriegseinflüsse für eine Erhöhung der Angebotspreise maßgebend, welche aber z. T. auch vor Kriegsbeginn bereits wegen Corona und Inflationsgeschehen im Vergleich zur Kostenberechnung erwartet wurde.

Für den Neubau Realschule wurde andererseits das Gewerk Elektroarbeiten unter den erwarteten Kosten vergeben, wodurch man aktuell mit einer Reduzierung kalkuliert. Über alle Vergaben der vier Maßnahmen seit Kriegsbeginn summiert, lag die Angebotssumme daher nun ca. 8 % über der Kostenberechnung. Schließt man das Gewerk Elektroarbeiten Realschule aus der Betrachtung aus, lagen die Mehrkosten bei ca. 23 % über der ursprünglichen Kostenberechnung.

Mittlerweile wurden für diese vier Maßnahmen weitere 26 Vergabeverfahren durchgeführt. Es zeigt sich im Schnitt keine Tendenz zu einer weiter stark steigenden Abweichung bezogen auf die Kostenberechnung. Über alle Vergaben seit Kriegsbeginn liegt die Angebotssumme 11 % über der Kostenberechnung. Schließt man das Gewerk Elektro bei der Realschule wieder aus, beträgt die Abweichung 22 %. Damit nahe den Werten im Mai. Um erhöhte Angebotspreise bei den kritischen Materialien zu verhindern, hat man sich nach Absprache mit den Planern und aufgrund der Empfehlungen des Bundesbauministeriums bei fünf Ausschreibungen für den Einsatz der Stoffpreisgleitklausel entschieden.

Zusätzlich wurden ab Juni 2022 für den Neubau der Grundschule Nordwest sieben Vergabeverfahren durchgeführt. Hier liegt man insgesamt bei 28 % über der ursprünglichen Kostenberechnung aus 09/2020. Bei drei Gewerken wird über die Stoffpreisgleitklausel der Materialpreis indiziert.

Für den Ansatz der Haushaltssummen für den Haushalt 2023 wird eine Anpassung der Gesamtkosten dieser Maßnahmen vorgeschlagen. Ermittelt wurden die Werte ausgehend von den abgeschlossenen Aufträgen, der Zeitschiene der kommenden Vergaben und der Annahme, dass die Entwicklung des Baupreisindex zwar nicht rückläufig sein wird, aber der Anstieg moderater. Einzuplanen sind eventuelle Mehrungen, die sich aus der Preisgleitklausel ergeben ebenso wie unvermeidbare Nachträge.

Beschlussvorschlag:

Vom Bericht über die aktuelle Kostensituation bei den Baumaßnahmen

- Hauptfeuerwache Hofberg
- Erweiterungsbau Magdalenenheim
- Neubau Realschule
- Wohnbebauung Breslauer Straße
- Neubau Grundschule Nordwest

wird Kenntnis genommen.

Anlagen:

Stand Vergaben und Submissionen für Baugewerke (nicht-öffentlich)